

# Gegen Inbetriebnahme

Boris Palmer (Grüne) will den Funkmast verlegen

**TÜBINGEN (rem). „Um Schaden von der Schule und der Bahn abzuwenden“, schreibt der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer in einem Brief an den grünen Bundestagsabgeordneten Albert Schmidt, solle sich dieser als Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bahn für eine Verlegung des umstrittenen Funkmastens einsetzen.**

Die Verlegung, eventuell aufs Gelände des Bahnbetriebswerks, hält Palmer vor allem aus politischen Gründen „und als Konsequenz aus Fehlern auf der Ebene der Kommunikation“ für notwendig. Rein rechtlich, schreibt er gleich zu Beginn seines Briefs, sei die Bahn wohl auf der sicheren Seite. Auch lägen die Strahlungswerte in der Schule „sogar noch weit unter dem Schweizer Vorsorgewert“ - weshalb auch er, Palmer, „das Risiko einer Gesundheitsgefährdung der Kinder und Lehrer für ausgesprochen gering“ halte.

Auch wenn es also vielleicht keinen zwingenden Grund zur Verlegung des Mastens gebe,

müsse die Bahn den Schülern, Eltern und Lehrern entgegenkommen. Zu sehr seien sie verunsichert, teilt er dem DB-Aufsichtsrat mit, der sich im vergangenen März vor Ort über Tübinger Bahnprobleme kundig gemacht hatte. Bei der Podiumsdiskussion am 22. Januar habe der Arcor-Vertreter „die Position der Bahn und ihres Mobilfunkunternehmers vollkommen und irreparabel unterminiert“.

Jeder Zuhörer habe nach der Diskussion den Eindruck gewonnen, die Verantwortlichen seien entweder völlig inkompetent und/ oder wild entschlossen, das Publikum hinters Licht zu führen. Mit der heimlichen Inbetriebnahme des Mastens sei „das i-Tüpfelchen dieser Serie von Pleiten und Pannen“ erreicht worden. Zudem habe er selbst den Eindruck gewonnen, die baden-württembergische DB-Leitung schätze die Situation völlig falsch ein, indem sie lediglich „zwei oder drei Querulanten“ als Widerständler vermute.

Schwäb. Tagblatt 04.02.02